

Ulrich Herbert/Alexandra Przyrembel/Florian Gregor

Nationalsozialistische Gewalt und Neuordnung Europas: Kulturgeschichtliche Perspektiven

Kurseinheit 3:
»Untergang« und »Stunde-Null«

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Wir weisen darauf hin, dass die vorgenannten Verwertungsalternativen je nach Ausgestaltung der Nutzungsbedingungen bereits durch Einstellen in Cloud-Systeme verwirklicht sein können. Die FernUniversität bedient sich im Falle der Kenntnis von Urheberrechtsverletzungen sowohl zivil- als auch strafrechtlicher Instrumente, um ihre Rechte geltend zu machen.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	III
1. Untergang (Ulrich Herbert).....	4
1.1 Terror und Totaler Krieg (Ulrich Herbert)	5
1.2 Perspektiven des Widerstands (Ulrich Herbert).....	10
1.3 Krieg in Deutschland (Ulrich Herbert)	20
1.4 Das Ende (Ulrich Herbert)	27
2. Vergangenheitspolitik (Florian Gregor/Alexandra Przyrembel)	30
3. Quellen, Dokumente, Selbstzeugnisse	34
4. Literatur	37

1. *Untergang*



Am 18. Februar 1943 rief Reichspropagandaminister Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast den »Totalen Krieg« aus. Unmittelbar nach der Niederlage von Stalingrad forderte er vor 3.000 ausgesuchten Zuhörern, die seine Rede frenetisch bejubelten, das deutsche Volk zu einem absoluten Durchhaltewillen auf, um den »Endsieg« zu erringen. Eine Auseinandersetzung mit der „Sportpalastrede“ bietet der Aufsatz von Peter Longerich.

Goebbels' Rede vorangegangen war die totale Mobilisierung personeller und materieller Ressourcen. Alle Männer zwischen 16 und 65 sowie Frauen zwischen 17 und 45 Jahren wurden für den »Totalen Krieg« herangezogen. Der durch die kriegsbedingte Abwesenheit der Männer hervorgerufene Arbeitskräftemangel wurde mit der verstärkten Anwerbung und Rekrutierung von Fremd- und Zwangsarbeitern und der Heranziehung von Frauen zum Arbeitseinsatz aufzufangen versucht. Die Mobilisierung der Ressourcen ging mit einer propagandistischen Offensive einher, in der eine permanente Gefahr durch den »jüdischen Bolschewismus« suggeriert wurde, sowie mit einer Verschärfung des Terrors und des Kriegsstrafrechts, um die »Heimatfront« zu Leistung und Opferbereitschaft zu bewegen. Der »Totale Krieg« sah eine Kriegsführung vor, in der neben sämtlichen militärischen Ressourcen alle gesellschaftlichen und politischen Anstrengungen für den »Endsieg« in Anspruch genommen wurden.

Die Zivilbevölkerung wurde durch den kriegswichtigen Arbeitseinsatz in den Kriegsapparat integriert, die Zahl der Todesurteile wegen Defätismus oder »Wehrkraftzersetzung« stiegen deutlich an. Der von den Nationalsozialisten propagierte Kampf um »Sieg oder Tod« wurde nach dem von Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf Hitler verübten Attentat vom 20. Juni 1944 weiter verschärft. Dies führte zu deutlichen Veränderungen im Alltagsleben der Deutschen.

Der »Totale Krieg« war keine Erfindung der Nationalsozialisten. Generell zeigten die Kriege der Neuzeit eine Tendenz zur »Totalisierung«. Darunter versteht die totale Mobilisierung von Militär und Volkswirtschaft, die totale Kontrolle der Bevölkerung und totale, mit totalen Kriegsmethoden zu erreichende Kriegsziele – bis hin zur Vernichtung des Feindes. Insbesondere der Erste Weltkrieg wurde von den Zeitgenossen als totaler Krieg wahrgenommen.

1.1 *Terror und Totaler Krieg*

Spätestens mit der spektakulären deutschen Niederlage in Stalingrad war für jedermann erkennbar, dass Deutschland diesen Krieg auch verlieren konnte. Das NS-Regime reagierte auf diese Bedrohungslage erstens durch die Mobilisierung letzter Reserven und die weitere Erhöhung der Kriegsproduktion, zweitens durch Kampagnen zur «Totalisierung» und zur Europäisierung des Krieges und drittens durch eine spürbare Verschärfung der Unterdrückungspolitik auch im Inland.

Die Verluste der Wehrmacht lagen Anfang 1943 bei 150 000 Mann im Monat. Der Gesamtbedarf an zusätzlichen Soldaten wurde mit mindestens zwei Millionen Mann berechnet. Neue Einberufungen in großem Stil waren also unumgänglich. Zugleich fehlten aber in der deutschen Kriegswirtschaft im Sommer 1943 1,5 Millionen Arbeitskräfte, um die Kriegsproduktion weiter steigern und das Speer'sche «Rüstungswunder» fortzusetzen zu können.¹ Wenn solche Größenordnungen auch nur annähernd erreicht werden sollten, mussten neue Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie gefunden werden. Der einfachste Weg war die Rekrutierung weiterer ausländischer Arbeiter; hier spielten vor allem die italienischen Militärinternierten eine wichtige Rolle.

Die vermehrte Heranziehung deutscher Frauen zum Arbeitseinsatz und die Stilllegung nicht kriegsrelevanter Wirtschaftsbereiche mit dem Ziel, die dort beschäftigten Belegschaften in die Rüstung umzusetzen, erwies sich als schwieriger. Die Frauenerwerbsquote lag im Jahre 1942 nach wie vor unter dem Vorkriegsstand. Durch verschärfte Melde- und Arbeitspflicht-Verordnungen sollte sie deutlich gesteigert werden. Im Jahr 1943, so berichtete Sauckel, seien 3,6 Millionen Frauen auf ihre Arbeitseinsatz-Fähigkeit untersucht worden, von denen 1,6 Millionen beschäftigt werden sollten. Jedoch seien eine halbe Million Frauen nach ärztlichen Attesten wieder entlassen und 0,7 Millionen nur halbtags eingesetzt worden, sodass der Effekt nur gering sei.² Die grundsätzliche Frage, ob deutsche Frauen in erheblich stärkerem Maße zur Arbeit für die Rüstung heranzuziehen seien, war innerhalb der NS-Führung allerdings weiterhin umstritten. Während etwa Goebbels forderte, es müsse jetzt wie in der Sowjetunion Stalins «mit eiserner Hand durchgegriffen werden, damit die faulenzenden Frauenzimmer endlich einer wichtigen Kriegsarbeit zugeführt würden», lehnte Hitler solche Vorstellungen scharf ab, weil «unsere deutschen hochbeinigen, schmalen Frauen mit den «kurzstampfen» primitiven und gesunden Russinnen nicht zu vergleichen seien.» Und Göring erklärte gar, Frauen aus den unteren Schichten seien das Arbeiten ja gewöhnt; die anderen sollten eben Kinder bekommen: «Wenn das Rassepferd am Pflug eingespannt werde, verbrauche es sich schneller als ein Arbeitspferd, infolgedessen könne man nie zu einer Frauendienstverpflichtung im allgemeinen kommen.»³ Da das Regime keinen eindeutigen Kurs

**Erhöhung der
Frauenerwerbs-
quote**

¹ Zum Folgenden s. Herbst, *Totaler Krieg*, S. 198–231; Tooze, *Ökonomie*, S. 591–593; Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 41–103.

² Vortrag Sauckels bei Hitler, 18. 11. 1943, zit. n. Eichholtz, *Kriegswirtschaft*, Bd. 2, S. 234; zum Folgenden s. Kundrus, *Kriegerfrauen*, S. 245–394; Winkler, *Frauenarbeit*, S. 102–121.

³ Goebbels, Tagebucheintrag vom 21. 3. 1941, in: Goebbels, *Tagebücher*, Teil II, Band 11, S. 520; Hitler: Bericht Sauckels auf der 54. Besprechung der Zentralen Planung, 1. 3. 1944, S. 10, zit. n.

fand, nahm die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 1941 bis 1943 nur um etwa 400 000 auf 14,8 Millionen zu; darunter waren nach wie vor etwa 1,3 Millionen Hausmädchen. Aber es gelang dem Regime doch, bereits seit Längerem erwerbstätige Frauen in größerer Zahl aus der Verwaltung und Verbrauchsgüterindustrie in den Rüstungsbereich umzusetzen. Zudem zogen die Behörden nun Frauen und Mädchen in großer Zahl zu Diensten aller Art heran. Der Jahrgang 1927 wurde 1944 zum weiblichen Arbeitsdienst einberufen; junge Frauen wurden als Rotkreuzschwestern, im Nachrichtendienst, bei der «Luftwarnung», schließlich sogar bei den Flakbatterien eingesetzt. Am Ende des Krieges zählte man etwa 500 000 Wehrmachtshelferinnen.

Dienstverpflichtung zum «deutschen Kriegssozialismus»

Solche rigiden Maßnahmen waren ohne politischen Loyalitätsverlust in der Bevölkerung aber nur durchsetzbar, wenn deutlich gemacht wurde, dass sie alle gleichermaßen trafen, vor allem auch «bessere Kreise». Es seien vor allem die bürgerlichen Frauen und Mädchen, die sich der Arbeitspflicht entzögen, berichtete die Reichsfrauenführung. «Es sind Menschen, die nach dem alten egoistischen Grundsatz leben: Jetzt haben wir uns das erarbeitet, jetzt sorgen wir erst einmal für uns, nach ein paar Jahren können wir uns ein Kind zulegen und dann vielleicht noch mal eins. [...] Da wird der Küchenschrank mit dem zweiten Kind verkoppelt und der Toilettenspiegel oder Radioapparat mit dem dritten Kind. Diese Menschen sind schwer für eine selbstlose und für die Gemeinschaft nützliche Idee zu gewinnen.»⁴

Zwar war die Dienstverpflichtung solcher «Hosenweiber mit Indianerbemalung», wie die SD-Berichterstatter formulierten,⁵ volkswirtschaftlich ziemlich unerheblich, aber die Totalisierung des Krieges musste einen sozialegalitären Charakter besitzen, um politisch durchsetzbar zu sein. So wurden die verstärkte Belastung der Bevölkerung in Form von Meldepflicht, Stilllegungen, «Auskämmaktionen» und der Verlängerung von Arbeitszeiten mit der Propagierung des «deutschen Kriegssozialismus» und Kampagnen gegen die «Bessergestellten» kompensiert. «Im Volkskrieg der Gegenwart», so Goebbels, «spielt die Psychologie der Kriegsführung eine ausschlaggebende Rolle.» Das «optische Bild unseres zivilen Lebens» dürfe daher «keinen aufreizenden Gegensatz zum eigentlichen Krieg darstellen.»⁶

Schließung von nicht kriegswichtigen Betrieben

Anfang 1943 begann das Rüstungsministerium mit der flächendeckenden Schließung von Unternehmen, vor allem der Verbrauchsgüter-Industrie. In der Praxis betraf das mehrheitlich kleinere Unternehmen, deren Mitarbeiter als Rüstungsarbeiter dann in die Fabriken geschickt wurden. Leistungsfähige, moderne Großbetriebe waren besser geeignet, die Kriegsproduktion schnell nach oben zu schrauben. Zehntausende von kleineren Betrieben hingegen wurden stillgelegt. Vorübergehend,

Müller/Ueberschär, Kriegsende 1945, S. 26; Göring: zitiert in einem Schreiben von SS-Gruppenführer Berger an Himmler, 2. 4. 1942, zit. n. Heiber, Reichsführer!, Dok. 104, S. 113 f.

⁴ Nachrichtendienst der Reichsfrauenführung, Sonderdruck, August 1940, zit. n. Sachse, Angst, Belohnung, S. 260.

⁵ Zit. n. Herbert, Fremdarbeiter, S. 238.

⁶ Joseph Goebbels: Die Optik des Krieges, in: Das Reich, 24. 1. 1943, zit. n. Herbst, Totaler Krieg, S. 201; Herbert, Fremdarbeiter, S. 238.

wie behauptet wurde; tatsächlich aber meist für immer. Allerdings erwies sich der Zugriff auf die Kleinbetriebe, auf die Selbstständigen in Handwerk, Gewerbe und Handel als politisch höchst problematisch. Im Bürgertum, so wurde der NS-Führung gemeldet, befürchte man, «dass der Nationalsozialismus sich in der Praxis immer mehr den bolschewistischen Methoden annähere»; viele prophezeiten «den ‹Untergang des Mittelstandes› zugunsten einer staatskapitalistischen Konzentration der Wirtschaft, von welcher eine kleine Führungsschicht allein den Vorteil haben werde.» Solche Befürchtungen mussten die NS-Führung beunruhigen, denn sie kamen auch aus dem Kreis der eigenen Anhänger. In dem Maße, wie die imperialistische Friedensperspektive eines deutschen Sieges unrealistischer wurde, nahmen die Fragen in der Bevölkerung zu, «wie sich ihr Leben gestalten werde, wenn sie aus diesem Krieg nach dem Wort des Führers als ‹Überlebende› hervorgehen.»⁷

Auf die Verschlechterung der Stimmung nach dem schweren Luftangriff auf Hamburg und dem Ausscheren Italiens aus der Achse im Sommer 1943 reagierte das Regime erneut mit einer Welle der Gewalt, für die die Übernahme des Innenministeriums durch Heinrich Himmler als Kennzeichen galt. Die Zahl der Bestrafungen von «Defaitisten» und «Miesmachern» nahm seit 1943 rapide zu, auch wurde das Abhören von ausländischen Sendern häufiger bestraft – in der Regel nach Denunziationen, die sich nun geradezu epidemisch ausweiteten. Die Zahl der Todesurteile vervielfachte sich – von 926 im Jahre 1941 auf 5336 im Jahre 1943. Der Volksgerichtshof verhängte 1943 erstmals mehr Todesals Freiheitsstrafen. Im Januar 1943 war die Zuständigkeit dieses höchsten deutschen Sondergerichts auf die Fälle von «Wehrkraftzersetzung» ausgedehnt worden, worunter kritische Bemerkungen über das Regime oder skeptische Äußerungen über den Kriegsverlauf fielen. Etwa die Hälfte dieser Angeklagten wurde allein während des letzten Kriegsjahres zum Tode verurteilt. Zwar waren auch weiterhin mehr als drei Viertel aller Aktivitäten der Gestapo gegen die ausländischen Arbeiter gerichtet, in denen man die bei Weitem größte Gefahr für die innere Sicherheit sah. Aber spätestens seit Mitte 1943 war der Terror des Regimes auch in der deutschen Bevölkerung wieder sehr deutlich spürbar.⁸

Verschärfung der Repression nach Innen

Das Regime verband die Intensivierung der kriegswirtschaftlichen Anstrengungen mit einer umfassenden Kampagne zur Propagierung des Totalen Krieges, in dessen Mittelpunkt die wachsende Angst vor einer Niederlage gegen die Sowjetunion stand. Um den gewünschten Effekt der Bolschewismussfurcht zu erzielen, sei, so Propagandaminister Goebbels, zunächst gar nicht mehr nötig, als die Verhältnisse an der Ostfront einigermaßen realistisch zu schildern: Die Rote Armee habe in Stalingrad eine wichtige Schlacht gewonnen, und jedem müsse klar sein, dass «gleichgültig wie die einzelnen Deutschen zum Nationalsozialismus stehen, wenn wir besiegt würden, jedem der Hals abgeschnitten werde.»⁹ Wenn aber in Deutschland sofort jeder Mann und jede Frau vollständig für den Krieg eingesetzt würden, ungeachtet der sozialen Stellung der Einzelnen, dann sei ein schneller Sieg noch möglich – so lautete die Kernbotschaft der

Propaganda zur Totalisierung des Krieges

⁷ Beide Zitate: Meldungen aus dem Reich, Bd. 13, 8. 3. 1943, S. 4903.

⁸ Wachsmann, Gefangen, S. 195–239, S. 451.

⁹ Ministerkonferenz, 21. 1. 1943, in: Boelcke, Wollt Ihr den Totalen Krieg, S. 322–324, hier S. 324.

Propagandakampagne, die Goebbels mit seiner «Sportpalastrede» am 18. Februar 1943 zum Höhepunkt brachte.¹⁰

Der Totale Krieg als Kampf Europas gegen den Bolschewismus

Mit dieser Kampagne war aber zugleich eine bemerkenswerte Umorientierung der propagierten Kriegsziele verbunden. Hatte der Krieg im Osten bis dahin vornehmlich unter dem Signum der Beschaffung von Lebensraum gestanden, wurde er jetzt zu einem Abwehrkampf des kultivierten Europa gegen die Herrschaft des Bolschewismus umgedeutet. «Europa gegen den Bolschewismus» war von nun an die Zentralparole des Krieges im Osten. «Was wäre aus dem deutschen Volk und Europa geworden, wenn am 22. Juni 1941 nicht in letzter Minute die neue deutsche Wehrmacht ihren Schild vor den Kontinent gehalten hätte!», erklärte Hitler in seiner Rede zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung am 30. Januar 1943. Die Abwehr des Bolschewismus sei nur möglich, weil sich «seit dem Jahre 1941 der größte Teil Europas um Deutschland im Kampf gegen die Gefahren des Ostens scharf.»¹¹ Angesichts der Bedrohung aus dem Osten, so das Propagandaministerium am Tag darauf, sei es vorrangig, «dass die europäischen Völker jetzt alles Trennende zu vergessen haben, dass sie ihre Familienstreitigkeiten bis nach dem Kriege aufschieben müssen und dass es jetzt darum geht, den Brand vom gemeinsamen Hause fernzuhalten.»¹² Familienstreitigkeiten – angesichts der deutschen Kriegspolitik der vergangenen zehn Jahre war das ein an Absurdität nicht zu übertreffender Begriff. Er blieb in Deutschland aber nicht ohne Wirkung, trotz der täglich erlebbaren Zerstörung der deutschen Städte und Industriezentren durch britische und amerikanische Bomber, weil die Rückorientierung auf die kulturellen Gemeinsamkeiten der (west-)europäischen Länder so etwas wie eine positive Zukunftsperspektive zu versprechen schien, wenn der Krieg für Deutschland, was immer wahrscheinlicher wurde, nicht wie gewünscht ausgehen würde. Deutschland als Vormacht eines geeinten Europa gegen die bolschewistische Bedrohung aus dem Osten – das war nach Stalingrad die politische Hoffnungsperspektive für die Nachkriegsordnung. Im Lichte der besatzungspolitischen Praxis der Deutschen in den besetzten Ländern Europas enthielten solche Vorstellungen nicht mehr als propagandistische Illusionen. Aber noch nach Kriegsende lief das Gerücht um, die Westmächte wollten jetzt zusammen mit der Wehrmacht gegen die Sowjetunion marschieren – und fand bei vielen Deutschen bereitwilliges Gehör.

¹⁰ Text in: Goebbels-Reden, hg. v. Heiber, Bd. 2, S. 172–208.

¹¹ Proklamation Hitlers am 30. 1. 1943, zit. n. Domarus, Hitler, Bd. 2.2, S. 1977.

¹² Ministervorlage Taubert vom 31. 1. 1943, zit. n. Herbert, Fremdarbeiter, S. 240.